

»Organisierte Kriminalität« – soziale, politische und ökonomische Dimension

Warum werden in der öffentlichen Debatte über »Organisierte Kriminalität« vor allem die politischen Implikationen häufig ausgeblendet?

Eine aktuelle Bestandsaufnahme von Hubert Beste

Es geht ein Gespenst um in Europa. Es ist die organisierte Kriminalität«. Glaubt man Politik und Medien, so hat diese Parole – in Abwandlung einer CDU-Wahlkampfpropaganda aus der Zeit des kalten Krieges – die allgemeine Einschätzung der Sicherheitslage auf ihrer Seite. Der Feind wandelt nicht mehr auf ideologischen Pfaden in Form des Bolschewismus oder Kommunismus. Er läßt sich jetzt gemäß strafrechtlich-kontrollpolitischer Koordinaten verorten und wird zu einem zentralen Gegenstand polizeilichen und nachrichtendienstlichen Agierens. Die nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus erfolgte Ost-West-Migration hat neue Feindbilder an die Oberfläche gespült, die für eine Politik »innerer Sicherheit« eine geradezu ideale Arena abgeben. Benefiziere dieser Entwicklung sind aber nicht nur die kontrollpolitischen Scharfmacher, sondern vor allem Polizei und Geheimdienste, denen jetzt Ermittlungs- und Eingriffsbefugnisse eingeräumt werden (insbes. auf Grundlage des »OrgKG« und des »Verbrechensbekämpfungsgesetzes«), die noch vor 25 Jahren in dieser Republik als völlig undenkbar galten. Von den für ein demokratisches Gemeinwesen konstitutiven bürgerlichen Freiheitsrechten, die dabei auf der Strecke bleiben, ist sicherheitspolitisch allerdings keine Rede.

Das kontrollpolitisch günstige am OK-Phänomen ist, daß niemand so genau weiß, wodurch es sich eigentlich auszeichnet. Es handelt sich häufig um opferlose Straftaten, die in bezug auf den staatlichen Eingriff ein genaues Ziel vermissen lassen. Auf diese Weise ergibt sich eine

scheinbar logische Konsequenz: Was das Bekämpfungsarsenal betrifft, muß – um eine Formel von W. Hassemer zu gebrauchen – mit Schrot geschossen werden. Da man ein präzises Ziel nicht kennt, verspricht die größere Streuung eine höhere Trefferquote. Unbeteiligte können getroffen werden und unversehens in die Mühlen der OK-Bekämpfung geraten. Die polizeilichen und kontrollpolitischen Definitionsbemühungen um OK nehmen geradezu satirische Züge an (vgl. nur Hinweise in Raith 1995: 23 ff.; Freiberg/Thamm 1992: 107 ff.). Dabei ist der Grund für die begrifflichen Spiegelgefechte relativ schnell ausgemacht. Die sicherheitspolitischen Definitionen setzen so gut wie immer im Bereich der Kontrollseite an (Bekämpfungszusammenhang). Hinreichend zu verstehen ist »organisierte Kriminalität« aber nur auf der Grundlage seiner sozialstrukturellen Ursprünge und Entwicklungsprozesse (Entstehungs- bzw. Begründungszusammenhang), so daß eine schnittige OK-Definition überhaupt keinen Sinn macht.

Angesichts der Unterschiedlichkeit historisch-kultureller Entstehungsformen sowie der Vielgestaltigkeit sozial-ökonomischer Ausprägungen von »organisierter Kriminalität« dürfte selbst dem interessierten Laien rasch klar werden, daß es sich bei dem massenmedial konstruierten »OK-Phänomen« um ein Phantom handelt, das der »virtual reality« in der Postmoderne entspricht und zu Computerspielen à la »star wars« einlädt. Wir haben es hier mit »OK« als internationalem Mythos zu tun. Sinnvoll reden läßt sich über »OK« also nur im Kontext von zeitlich wie räumlich höchst variablen Formen organisierten kriminellen Verhaltens, wobei auch hier sogleich einige Fragezeichen auftauchen, die sich vornehmlich auf die Qualifizierung »kriminell« beziehen. Gerade das ausgehende 20. Jahrhundert liefert eindrucksvolle Belege für die Rolle des Staates als vornehmsten Garanten innerer Gewaltlosigkeit, als »legitimes« Verbrechenskartell (z.B. in Form des Stalinismus oder Hitler-Faschis-

mus; vgl. Tilly 1985; Jäger 1989). In Variation der berühmten Clausewitz-Worte ließe sich formulieren: organisierte Kriminalität als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln (vgl. Narr 1994: 126 f.).

Es sind denn auch die politischen Implikationen »organisierter Kriminalität«, die in der öffentlichen Debatte systematisch ausgeblendet werden. Ohne das Geflecht des internationalen Finanzkapitals, ohne die Voraussetzungen des militärisch-industriellen Komplexes, ohne die Bedingungen multinationaler Prohibition (z.B. im Drogenbereich), ohne eklatantes Nord-Süd- und West-Ost-Gefälle könnten sich die jeweils spezifischen Formen »organisierter Kriminalität« nicht entfalten. Die gesellschaftlichen Ausformungen illegaler Kapitalakkumulation sind ihrerseits gebunden an die entsprechenden staatlichen sowie globalen Macht- und Herrschaftsstrukturen. Beide gehören wie siamesische Zwillingen zueinander, sind untrennbar miteinander verwoben. Insoweit ist »organisierte Kriminalität« Indikator für ein Phänomen, das sich weltweit in immer stärkerem Maße ausbreitet und sich konzentriert in der Konkurrenz zwischen legalem und illegalem Kapitalismus (vgl. Arlacchi 1989; See 1992).

Angesichts der vielen »Mafias«, die sich auf europäischem Boden angeblich tummeln, dürfte zunächst eine Erklärung des Phänomens Mafia hilfreich sein. Ganz zentral ist in diesem Zusammenhang eine Erkenntnis, die Hess bereits vor 25 Jahren in seiner bekannten Mafia-Studie (1970: 134) herausgearbeitet hat: »Mafia ist keine Organisation, keine Geheimgesellschaft, sondern eine Methode«. Danach ist es sinnvoll, von Mafiosi, mafiosem Verhalten oder mafiosen Strukturen zu sprechen. Mafia verweist auf ein hoch flexibles, dynamisches Beziehungsgeflecht, das um eine oder mehrere Schlüsselfiguren herum angeordnet ist (vgl. Hess 1994: 24 f.). Es sind daher die Funktionen des mafiosen Systems, durch die es sich ganz wesentlich auszeichnet.

Zu Beginn der 70er Jahre entwickelte sich eine bis dahin neuartige Form der Monopolisierung illegaler Gewalt: die sog. »unternehmerische Mafia« (vgl. Arlacchi 1989: 89 ff.; Hess 1994: 36 ff.). Die Machtposition auf einem bestimmten, lokalen Territorium wird von den Mafiosi dazu genutzt, die Erwerbchancen zu steigern und die ökonomische Potenz insbesondere auch zur eigenen Bereicherung einzusetzen. Es bilden sich z.B. im Bau-, Handels- oder Dienstleistungssektor veränderte Unternehmensstrukturen heraus, die technisch auf dem neuesten Stand sind, in denen aber der Einsatz physischer Gewalt in ganz traditioneller Weise als Macht-



Es sind die politischen Implikationen »organisierter Kriminalität«, die in der öffentlichen Debatte systematisch ausgeblendet werden.



faktor genutzt wird. Die besonderen Wettbewerbsvorteile gegenüber den »normalen« Konkurrenzunternehmen ergeben sich dabei aus drei strategischen Dimensionen: (1.) Die Entmutigung der Konkurrenz durch Androhung von Gewalt und ggf. durch den direkten Einsatz von Gewalt gegen Personen und Sachen. (2.) Die Herabsetzung der Löhne durch das Nichtabführen von Sozialversicherungsbeiträgen, das Nichtvergüten von Überstunden etc., kurz: die Einschüchterung der Belegschaft. (3.) Die Verfügung über größere finanzielle Ressourcen gegenüber legalen Mitbewerbern. So können beträchtliche Gelder, die aus illegalen Tätigkeiten (z.B. Drogenhandel) stammen, in den Kapitalkreislauf des Unternehmens transferiert werden.

Trotz dieses Entwicklungsprozesses ist die ökonomische Tätigkeit des Mafioso ein sekundäres Moment. Er ist im Anschluß an Max Weber treffend als Abenteurkapitalist zu beschreiben, der an politischen Chancen und irrationalen Spekulationen mit ganz erheblichen persönlichen Risiken orientiert ist, so daß im Bereich des Rauschgifthandels gleichsam von »desorganisiertem Verbrechen« (Hess 1992) auszugehen ist. Im Zentrum mafiosen Interesses steht die Si-

cherung der Macht auf einem Territorium. Und genau hier unterscheidet sich Mafia vom politisch-publizistisch kolportierten »OK-Phänomen« (vgl. Hess 1994: 38).

Wenn das maßgebliche Ziel eines mafiosen Systems darin besteht, das Gewalt- und Protektionsmonopol in einem bestimmten Raum zu erringen und zu sichern, haben wir es faktisch mit einer Umkehrung des Gewaltverhältnisses zu tun. Hatte Tilly den Staat als »paradigmatische« Form des Schutzkartells umschrieben, so rückt jetzt das Schutzkartell in die Rolle des Staates. Das Charakteristische an dieser Situation ist allerdings der Umstand, daß sich nun ein doppelter Konkurrenzkampf ergibt. Zum einen bleibt der Staat als dauerhafter Monopolkonkurrent im Feld, und zum zweiten treten andere mafiose Mitkonkurrenten auf den Plan, die für das Monopol eine ständige Bedrohung darstellen. Wichtigste Aktionsfelder für parastaatliches mafioses Agieren sind die Märkte der öffentlichen Aufträge und EG-Subventionen sowie vor allem die illegalen Märkte.

Die Illegalität der Märkte führt zu einigen Besonderheiten und Anomalien im Vergleich zu den Strukturformen der legalen Ökonomie. Es finden sich erstens »mehrwertige« Organisationseinheiten, die die Fähigkeit aufweisen, ökonomische, politische und militärische Ressourcen miteinander zu kombinieren, um auf die Mitkonkurrenten Druck auszuüben. Zweitens wird auf ein Organisationssystem zurückgegriffen, das auf informellen Netzwerken beruht, die Vertrauen und Verlässlichkeit garantieren (z.B. durch gemeinsame Herkunft, Nationalität, Religion, politische Überzeugung). Und schließlich mangelt es drittens an einem formalen, staatlichen Regulativ, das die Warenzirkulation sichert und die Einhaltung der Verträge überwacht. Da sich illegale Märkte durch ein hohes Maß an »innerer Unberechenbarkeit« auszeichnen, zielt mafioses Verhalten speziell auf ordnungsstiftende Rahmenfunktionen (vgl. Hess 1994: 33 ff.; Arlacchi 1989: 225 ff.).

In diesem Sinne mag es eine Reihe von Gemeinsamkeiten geben zwischen der unternehmerischen, parastaatlichen Mafia Süditaliens und den sich herausbildenden kriminellen Organisationsformen etwa in Teilen der ehemaligen Sowjetunion (z.B. in bezug auf den enormen Vertrauensverlust der Bevölkerung, die allgegenwärtigen Betrügereien und das sich darauf gründende Bedürfnis nach Schutz und Ordnung). Es ist aber völlig unangemessen, das Phänomen Mafia mit diversen organisierten Kriminalitätsformen in der Bundesrepublik gleichzusetzen, um auf diese Weise die Existenz staatsbedrohender Verbrechenssyndikate nachzuweisen (vgl. Gambetta 1994: 335 ff.).

Daß es in der Bundesrepublik die verschiedensten Formen organisierten kriminellen Zusammenwirkens gibt, ist angesichts des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte sowie der Internationalisierung des Finanzkapitals mit-

nichten überraschend. So ansonsten doch recht unterschiedliche Denker wie Karl Marx und Max Weber waren sich in einem Punkt einig: Das Kapital ist in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft das zentrale, die Religion ersetzende Steuerungsmedium, welches sich einer wirksamen (demokratischen) Kontrolle weitgehend entzieht. Radikal drückt dies der amerikanische Kriminologe Chambliss (1978: 19) aus: »Geld ist das Schmieröl im Motor des Kapitalismus und gewählte öffentliche Beamte sind die Kolben, die die Maschine in Bewegung halten. Diejenigen, die das Schmieröl beschaffen, egal wie, sind in der Lage, den Motor so laufen zu lassen, wie sie wollen. Die Kriminalität ist ein ausgezeichneter Producer des Schmieröls für den Kapitalismus«. Man mag diese Charakterisierung für überzogen halten, doch deutet sie auf einen sehr realistischen Kern, der bereits in der berühmten Sutherland-Definition von White-Collar Crime angelegt ist.

Danach sind organisierte Kriminelle in modernen Gesellschaften ja gerade deshalb so erfolgreich, weil sie als ehrenwerte Mitglieder mit hohem Sozialprestige im Rahmen ihres beruflichen Engagements agieren. Es handelt sich quasi um »integrierte Kriminalität«, um eine kapitalistisch vergesellschaftete Form illegaler Gewinnabschöpfung. Strukturell ausschlaggebend sind dabei vor allem drei Aspekte: (1.) Es wird fast immer in der Grauzone von legalen und illegalem Verhalten operiert, wobei das legale Standbein eine Art Schutzschild gegenüber Verfolgungsmaßnahmen darstellt. (2.) Die internen Kontrollen sind zumeist höchst lückenhaft (z.B. im Bereich des Börsen- und Devisenhandels sowie Kreditwesens), weil sie dem Interesse an einem ungehinderten Kapitalfluß zuwiderlaufen. (3.) Die staatlichen Strafverfolgungsbehörden haben große Probleme, da sich die Beweislage häufig als äußerst kompliziert erweist und die Betroffenen über wirksame Abwehrmechanismen verfügen (z.B. in Form teurer, spezialisierter Anwälte oder politischer Einflußnahme). Darüber hinaus entsteht häufig ein System »gegenseitiger Deckung«, das von außen schwer zu durchdringen ist. Die involvierten Akteure rekrutieren sich aus Politik, Wirtschaft, einflussreichen Verbänden oder anderen Pressure-Groups und können auf diese Weise ein wirksames Beziehungsgeflecht gegenseitiger Verweisungen und Referenzen aufbauen, das gleichsam als »Immunsystem« gegenüber kontrollpolitischem Zugriff wirkt.

Der entscheidende Unterschied zur oben beschriebenen Mafia liegt darin, daß das Ziel gerade nicht in der Errichtung einer mit dem Staat konkurrierenden oder den Staat ersetzenden Monopolmacht liegt, sondern – genau im Gegenteil – staatliche Monopole bzw. »freie Märkte« werden für die eigenen Profitinteressen instrumentalisiert. Es ist eine Eigenart »integrierter Kriminalität«, möglichst ohne großes Aufsehen im (Sub)System zu agieren, um so

den Anschein gesellschaftlicher »Normalität«, Legitimität, ja Legalität zu entwickeln. In der Sprache der Strafjustiz werden solche Aktionsformen mit »mangelndem Unrechtsbewußtsein« der kriminellen Akteure einzukreisen versucht. Es gibt im Kapitalismus ganze Branchen, die zu organisiertem kriminellen Handeln einladen bzw. von ihm leben. Der bundesdeutsche Staat hat sich in Form seines Steuersystems, das im übrigen niemand mehr überblickt, selbst eine Objektbereich geschaffen, der reichlich »organisierte Kriminalität« produziert, die jährlich Milliarden-Profiten abwirft. Die hinterzogenen oder »schwarzen Gelder« bilden ihrerseits wiederum Anschlußpunkte für weitere kriminelle Transaktionen (vgl. den Bericht über die Investmentbank »Merrill Lynch«, FOCUS 24/1995: 200 ff.).

Befaßt sich jemand mit solchen illegalen Geschäften in der Bundesrepublik, so ist selten von »organisierter Kriminalität« die Rede. Politiker als organisierte Kriminelle – es wäre ja auch schlimm. Stattdessen hat sich der Begriff »Korruption« eingebürgert; will sagen: Bestechung, Bestechlichkeit, Zahlen und Empfangen von Schmiergeldern oder schlicht »Käuflichkeit«. Korruption ist nichts Neues und schon gar nichts spezifisch Kapitalistisches. Das zentrale Problem der Korruption liegt nicht darin, daß man es macht, sondern wie man es macht (vgl. Neckel 1995: 13). Über Käuflichkeit, die im Grunde ja auch auf einen ganz normalen Tauschakt verweist, regt sich heute niemand mehr auf. Man muß es nur richtig machen. Nicht nur an Stammtischen wird die Frage nach dem Ende der Rechtschaffenheit diskutiert. Gerade auch die politische Klasse wird nicht müde in ihren moralischen Appellen an die BürgerInnen.

Einen korruptiven Anwendungsfall ganz besonderer Art bildet das sog. »Gesundheitswesen« (treffender ist wohl der Ausdruck »Krankheitswesen«, da es sich in erster Linie um Geschäfte mit der Krankheit handelt). Dieser Sektor bietet sich für Korruption vor allem aus drei Gründen an: (1.) Auf dem gesamten Gesundheitsmarkt wurden zuletzt ca. 400 Milliarden DM umgesetzt. (2.) Krankheit gilt als eines der schlimmsten Schicksale des Menschen. Viele sind bereit, für die Linderung oder Bekämpfung ihrer Leiden Unsummen auszugeben. (3.) Der Markt wird von unterschiedlichen Expertengruppen dominiert (aus Bereichen der Medizin, Pharmazie, Chemie, Biologie etc.), die ein hohes Autoritätspotential entfalten und sich wirksam gegenüber Verdachtsmomenten abschotten können. Organisation und Struktur des Gesundheitsmarktes sind indes durch Zusammenhänge gekennzeichnet, die weniger durch marktwirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten geprägt und erheblich stärker durch ein Patronagesystem beeinflusst sind, das jenseits betriebswirtschaftlicher Logiken funktioniert. Gleichwohl geht es in der Pharmain-

dustrie um die Erwirtschaftung riesiger Profite: »140 niedergelassene Ärzte, die zum winterlichen Kongreß ins Schweizerische Arosa reisten, wurden mit Kaviar, Champagner und Austern empfangen. Für wenige Stunden Benutzung war sogar eine eigene Bobbahn gebaut worden. (...) Und die Monheimer Arzneimittelfirma Schwarz Pharma stiftete 300.000 Mark für den Hartmannbund, der damit im Herbst 1992 seine Aktion gegen die Gesundheitsreform finanzierte« (Tügel 1995: 23).

Im Zeitalter teurer Apparate-, Intensiv- und Tablettenmedizinen lassen sich vielfältige Geschäfte machen. Die extreme Klinikhierarchie, an deren Spitze hochgeachtete Chefärzte und Universitätsprofessoren stehen, fördert ein facettenreiches System gegenseitiger Vorteilsnahme, das sich auf Seiten der Krankheitsindustrie komplettiert. Die enge Symbiose, die medizinische Wissenschaft und medizinische Industrie heute eingehen, schafft ein informationelles Netzwerk, in dem sich die unterschiedlichen Interessen gut ergänzen können: hier der Hochschulmediziner, der Geld für seine Forschung braucht, dort die Pharmafirma, die Argumente für ihr neues Präparat sucht. Branchenintern werden Professoren, die allzu eng mit der Pharmaindustrie kooperieren, nicht durch Zufall als »habilitierte Pharmaberater« bezeichnet (Tügel 1995: 23). Insoweit passen auch die aufgedeckten Skandale bezüglich überteuerter künstlicher Herzklappen, HIV-infizierter Blutprodukte oder illegalen Organhandels ins Funktionssystem des medizinisch-industriellen Komplexes.

Ein Sektor, in dem die Korruption ganz besonders blüht, ist der Baubereich oder genauer: jener Bereich, der durch die Vergabe öffentlicher Bauaufträge konturiert ist. Kenner der Branche beziffern den Schaden, der dem Fiskus jährlich durch »gekaufte Bauaufträge« entsteht auf 10 Milliarden DM. Bei ca. 40% aller Baumaßnahmen der öffentlichen Hand soll Korruption im Spiel sein. Warum ist nun gerade der Bausektor so korruptionsanfällig? Drei Aspekte drängen sich hier auf: (1.) Es ist die vornehmste Aufgabe der staatlichen Leistungsverwaltung, gleichsam die »bauliche Grundversorgung« der Bevölkerung (in Form von Schulen, Krankenhäusern, Sportanlagen, Verwaltungsbehörden etc.) sowie die entsprechende Infrastrukturausstattung (in Form von Verkehrswegen) sicherzustellen. (2.) Es gibt keine direkt Geschädigten. Den Schaden trägt der anonyme Steuerzahler. (3.) Das Prinzip, das hinter diesen mittels Korruption erwirtschafteten illegalen Profiten steht, ist so simpel wie effizient. Im Grunde braucht der zuständige Beamte aus dem Baudezernat nur dafür bezahlt werden, daß er bestimmte Kartellabsprachen akzeptiert.

Welche Akteure sind involviert und wie funktioniert das Korruptionssystem am Staatsbau? Am Beispiel Südhessen läßt sich die Morphologie dieses organisierten kriminellen Zusammenwirkens genauer ausmachen. Die beteiligten

Personen rekrutieren sich in aller Regel aus vier Bereichen: der Politik und staatlichen Bauverwaltung, des Baugewerbes sowie der Ingenieurbüros. Häufig handelt es sich um ein Zusammenspiel von Kommunalpolitikern, Bediensteten der örtlichen Bauämter sowie leitenden Mitarbeitern der Baufirmen. Diese bilden ein mehr oder weniger enges Beziehungsgeflecht, das als zentrale Schaltstelle in den meisten Fällen den kommunalpolitischen Sektor ausweist. Dabei erstreckt sich die Rolle der involvierten Politiker (fast ausschließlich aus CDU und SPD) in wesentlichen auf zwei Funktionen:



Organisierte Kriminelle sind gerade deshalb so erfolgreich, weil sie als ehrenwerte Mitglieder mit hohem Sozialprestige im Rahmen ihres beruflichen Engagements agieren.



Zum ersten machen sie (z.B. als Bürgermeister, Vize-Landrat, Beigeordneter, Haupt- und Finanzausschußvorsitzender, Vorstandsmitglied eines größeren Unternehmens) ihren politischen Einfluß geltend, daß ganz bestimmte Baufirmen den Zuschlag für den Bauauftrag bekommen. Diesem Ziel dient etwa eine beschränkte Ausschreibung. Zum zweiten decken sie die Korruption innerhalb der öffentlichen Verwaltung kraft ihres Amtes nach außen ab, da es bei größeren Korruptionsgeschäften einer Protektion durch die politische Spitze bedarf.

Auf welche Weise wird nun illegaler Profit erwirtschaftet? Das System ist im Grunde denkbar einfach. Die am stärksten verbreitete und effektivste Form illegaler Gewinnabschöpfung bezieht sich auf berechnete Leistungen, die von den Bauunternehmen nicht erbracht wurden. So werden bei der Abrechnung falsche Aufmaße angegeben oder in die Angebote sog. »Luftnummern« (Preise für Leistungen, die später nicht erbracht werden) eingebaut. Weiterhin werden von den Unternehmen fingierte Rechnungen einschließlich fiktiver Leistungen bzw. überhö-

Michael Förster

Jurist im Dienst des Unrechts

Leben und Werk
des ehemaligen Staatssekretärs
im Reichsjustizministerium,
Franz Schlegelberger
(1876–1970)

Franz Schlegelberger war der ranghöchste Jurist Hitlers, der den Zusammenbruch des Regimes überlebt hat. Schon vor 1933 zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium aufgestiegen, amtierte er seit Anfang 1941 als geschäftsführender Reichsjustizminister, bis er im August 1942 in den Ruhestand trat und durch den überzeugten Nationalsozialisten Thierack ersetzt wurde. Obwohl selbst nicht überzeugter Nationalsozialist – er empfand sich eher als bürgerlich-konservativ – prägte er in seiner herausragenden Funktion maßgeblich die verhängnisvolle Rolle der furchtbaren Juristen im Dritten Reich und mußte sich dafür nach dem Krieg vor verschiedenen Gerichten verantworten.

Mit der Lebensbeschreibung weist der Autor nach, daß seine verhängnisvolle Rolle im Hitlerregime weniger tragisch als konsequent war. Die Monographie richtet sich nicht nur an Rechtshistoriker und Juristen, sondern an alle, die sich mit der Rolle der Juristen im Hitlerdeutschland und danach auseinandersetzen.

1995, 198 S., brosch., 64,- DM,
499,50 öS, 64,- sFr, ISBN 3-7890-3719-2

 **NOMOS** 

ter Preise vorgelegt. Die gezahlten Bestechungsgelder können sich insofern noch mit einem Extraprofit amortisieren.

Wie wird bestochen? Die Aufgabe der Amtsträger und Bediensteten der Bauämter liegt darin, das aus Wettbewerbsausschluß und überhöhten Baukosten bestehende Vergabesystem aufrechtzuerhalten. Um sich dieser bürokratischen Gunst langfristig zu versichern, hat sich ein sehr phantasievoller und variantenreicher Bestechungsmodus herausgebildet. Grundlage sind Geldzahlungen sowie Sach- und Dienstleistungen, die häufig in Kombinationsform auftreten. Neben Bargeld, Provisionen, regelmäßigen Einkünften (»zweite Gehälter«) werden vor allem Sachleistungen in Form von Autos, hochwertigen Haushaltsgeräten und Flugreisen gewährt. Darüber hinaus bieten sich Bau- und Renovierungsarbeiten an den Eigenheimen der involvierten Akteure für die Baubranche geradezu an, wobei diese Leistungen gratis oder zu einem stark ermäßigten Satz (20–30% der üblichen Kosten) erbracht werden. So sollen die Staatsbediensteten regelrechte Orderlisten (z.B. mit genauen Typenbezeichnungen von Luxuswagen oder Haushaltsgütern) an die Bauunternehmen versandt haben, die ihre Angestellten sodann über das »richtige Absprechen« aufgeklärt hätten (FR v. 26.4.1994: 19).

In der Tagespresse ist von einem »Korruptionsumpf« in Südhessen die Rede. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt beklagt sich über die politische Einflußnahme der Verteidigerseite. So kamen von den Kanzleien »Schriftsätze mit Anträgen, die Ermittlungen bis zur Kommunalwahl auszusetzen«. Der zuständige Oberstaatsanwalt wird diesbezüglich mit dem Satz zitiert: »Das muß man sich einmal vorstellen, daß so etwas ein ausgebildeter Jurist verlangt« (FR v. 1.3.1993: 23). Angeprangert werden speziell Offenheit, Dreistigkeit, aber auch Plumpheit, mit denen die Betrügereien in der öffentlichen Verwaltung abliefen. In aller Regel gibt sich die politische Spitze ahnungslos oder versteht die Zuwendungen von den Baufirmen »eher als Spendenaktion« (FR v. 23.4.1994: 17). Es konnte sich offenbar ein Korruptionsnetz herausbilden, das mit einer intakten Organisationsstruktur (Kartellabsprachen der Baufirmen, Ingenieurbüro als Schaltstelle, Kommunalpolitiker als »Geldboten«) ausgestattet war (FR v. 20.7.1994: 20).

Korruption in den kommunalen Bauverwaltungen wird als weitgehende Normalität eingestuft. Danach hätten sich Bestechlichkeit und Vorteilsannahme gewissermaßen neben der Legalität etabliert und das Gewicht von »Sozialnormen« angenommen (FAZ v. 8.1.1993: 44). Beschuldigte werden von der politischen Führung bisweilen in behördeninterne Arbeitsgruppen geschickt, die in bezug auf die Vergabe von Bauaufträgen Verfahren gegen Korruptionsanfälligkeit entwickeln sollen (FAZ v. 5.2.1993: 66). Die der öffentlichen Hand ent-

standenen Schäden können nur unzureichend aufgearbeitet werden, da auf eine mehr als 20jährige Korruptionspraxis in den Städten und Gemeinden verwiesen wird.

Die Vorschläge und Maßnahmen gegen Korruption in der öffentlichen Bauverwaltung sind bekannt: Planung, Objektüberwachung und Ausführung von Bauleistungen sind zu trennen. Unabhängige Fachleute sind an der Planung, Ausführung und Abrechnung zu beteiligen. Aufträge sind grundsätzlich öffentlich und überregional auszuschreiben und nach einem öffentlichen Wettbewerb zu vergeben. Das Vergabeverfahren ist sodann in die Hand einer vom planenden Fachamt unabhängigen Stelle zu legen (z.B. Landesrechnungshof oder kommunaler Prüfungsverband). Der Katalog klingt gut. Die Frage ist nur, welche Folgen diese Organisationskontrollen zeitigen. Stellen wir uns einfach vor, daß diese zusätzlichen bürokratischen Genehmigungsprozesse den vermeintlichen Vorteil der Korruptionsfreiheit (mehr als) neutralisieren. Dann wäre Korruption tatsächlich die kostengünstigere Variante bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge.

Dr. Hubert Beste ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt

Literatur:

- ARLACCHI, P. 1989: Mafiose Ethik und der Geist des Kapitalismus, Frankfurt/M.
 CHAMBLISS, W.J. 1978: Eine kriminelle Vereinigung, Tübingen
 FREIBERG, K./THAMM, B. 1992: Das Mafia-Syndrom, Hilden
 GAMBETTA, D. 1994: Die Firma der Paten, München
 HESS, H. 1970: Mafia. Zentrale Herrschaft und lokale Gegenmacht, Tübingen
 HESS, H. 1992: Rauschgiftbekämpfung und desorganisiertes Verbrechen, in: KJ: 315 ff.
 HESS, H. 1994: Para-Staat und Abenteuerkapitalismus, in: KJ: 23 ff.
 JÄGER, H. 1989: Makrokriminalität, Frankfurt/M.
 NARR, W.-D. 1994: Staatssicherheit und (lebenslange) Freiheitsstrafe – Bürgersicherheit und gewaltfreie Konfliktgesellschaft, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Staatliches Gewaltmonopol, bürgerliche Sicherheit, lebenslange und zeitige Freiheitsstrafe. Dokumentation, Köln: 121 ff.
 NECKEL, S. 1995: Der unmoralische Tausch, in: Kursbuch 120: 9 ff.
 RAITH, W. 1995: Organisierte Kriminalität (rororo special), Reinbek bei Hamburg
 SEE, H. 1992: Kapital-Verbrechen, Frankfurt/M.
 TILLY, CH. 1985: War Making and State Making as Organized Crime, in: Evans/Rueschemeyer/Skokopol (Hg.): Bringing the State Back In, Cambridge: 169 ff.
 TÜGEL, H. 1995: Geschmierte Pillen, in: Kursbuch 120: 17 ff.

Ich danke Oliver Kestel für die Zeitungsforschung zum »südhessischen Bauskandal«.